

Das superrote Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

KPÖ



Die Wirtschaft boomt und auch in Linz wird viel gebaut. Ob die jetzt errichteten Wohnungen auch leistbar sind ist freilich eine andere Frage.

Wird das Wohnen zunehmend unleistbar?

Das Wohnen wird immer mehr zum Luxus. Besonders spürt man das in Salzburg, Innsbruck und Wien. Aber auch in Linz werden die eigenen vier Wände immer teurer.

Seit Jahren schon steigen die Wohnkosten gut doppelt so stark wie der allgemeine Verbraucherpreisindex. Leistbares

Wohnen in Genossenschaftswohnungen wird zunehmend zum Luxus. Vom privaten Sektor gar nicht erst zu reden.

Die Ursachen dafür sind reduzierte und schieflastige Wohnbauförderungen, das nicht mehr zeitgemäße Mietrecht, der Boom auf dem Immobiliensektor und zunehmend auch die missbräuchliche Vermietung von Wohnungen über Internetplattformen wie AirBnB.



Gerlinde Grün
KPÖ-Gemeinderätin

Luftschlösser statt Lösungen

Es läuft nicht rund für Bürgermeister Luger. Liegegebliebene Aktenberge, umstrittene Hochhäuser, ungelöste Verkehrsprobleme und Budgetnöte trotz Kürzungspolitik bei Sozialem, Personal und Kultur lasten auf Linz.

Da braucht es was zum Ablenken. Eine Hängebrücke, eine Seilbahn für den Linzer Süden oder ein Aussichtsturm an der Donaulände werden stolz der Öffentlichkeit präsentiert. Denn Innovation steht bei Bürgermeister Luger hoch im Kurs.

Linz soll die innovativste Stadt Europas werden. Es geht um Standortkonkurrenz und Investorensuche. 350.000 Euro lässt man sich das Innovationsbüro dafür kosten. Die Probleme der Stadt müssen derweilen warten. Sind wohl zuwenig spektakulär.

Wie wird Linz fahrradfreundlicher?

Linz ist nicht gerade Fahrradstadt. Nur sieben Prozent aller Wege werden mit dem Velo zurückgelegt. Woran liegt das? Was wären wichtige Maßnahmen zum Beispiel bei der Radinfrastruktur, um den Anteil deutlich zu erhöhen?



Franz Fend Sozialarbeiter, Betriebsrat B37

Die Fahrrad-Infrastruktur ist in Linz unter jeder Kritik. Mit der auto-fixierten Verkehrspolitik werden AutomobilistInnen ermutigt über schwächere VerkehrsteilnehmerInnen drüberzufahren. Was tun? Den Autoverkehr empfindlich verteuern. Dem Autoverkehr Platz wegnehmen. Und den automobilen Hooliganismus zur Rechenschaft ziehen.



Renate Hofmann Ärzteschreibkraft

Radfahren bedeutet, sich schnell und sportlich fortbewegen zu können. FahrradfahrerInnen und FußgängerInnen dürfen nicht die letzten in der Hierarchie der VerkehrsteilnehmerInnen sein. Die Verkehrsplaner in Linz könnten von fahrradfreundlicheren Städten wie Kopenhagen lernen, um Stickoxidbelastung und Autolärm zu reduzieren.



Ina Pree Angestellte

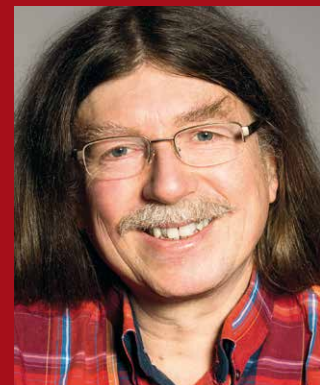
Ich möchte, dass mir als Radfahrerin endlich eine fahrradfreundliche Donauquerung ermöglicht wird! Die vorhandenen Radwege gehören verbreitert, saniert und bandscheiben-freundliche Übergänge sollten die Regel werden. Linz darf Kopenhagen werden.

Für eine kämpferische Arbeiterkammer!

In den letzten Jahren habe ich mich unter anderem für die Themen Arbeitsverkürzung, Verbesserungen im Arbeitszeitgesetz, gesetzlicher Mindestlohn, Gratis-Öffis, und eine Wertschöpfungsabgabe eingesetzt. Aber auch für eine bessere Finanzierung des Sozialbereichs und der Sozialleistungen, und gegen Bettelverbote.

Eine grundsätzliche Forderung des Gewerkschaftlichen Linksblocks ist, dass die Arbeiterkammer kämpferischer für die Rechte der ArbeitnehmerInnen eintritt. Angesichts des derzeitigen Großangriffs auf unsere Errungenschaften, wie die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, die Abschaf-

fung der Notstandshilfe und dem Arbeitszeitgesetz, sind großangelegte Kampfmaßnahmen nötig. In der letzten AK-Vollversammlung habe ich die Vorbereitung eines Generalstreiks gefordert. Wir müssen uns mit aller Macht zur Wehr setzen. Dafür steht der GLB.



Thomas Erlach
Betriebsratsvorsitzender
EXIT-sozial Linz,
Arbeiterkammerrat des GLB

Wohnen als Spekulationsobjekt?

In Linz wird auf Teufel komm raus gebaut. Baulücken in der Altstadt werden geschlossen, Hochhausprojekte hochgezogen, in besten Grünlagen teure Eigentumswohnungen errichtet. Freilich ist das schief, wenn gleichzeitig Mieten und Betriebskosten laufend steigen. Mehrere Bauprojekte zeigen deutliche Fehlentwicklungen.



Die zu 95 Prozent städtische GWG verwaltet rund 19.000 Wohnungen, ist aber nicht immer das Vorzeigunternehmen in punkto leistbares Wohnen.

Hoch hinaus

Forciert von SPÖ und FPÖ erlebt Linz einen Hochhausboom. Parallel werden Wohnanlagen in besten Lagen wie etwa auf dem Pöstlingberg errichtet. Denn was dort entsteht sind nicht leistbare Wohnungen, sondern teure Immobilien, die dann spekulativ teuer vermietet werden. Gleichzeitig werden in der Altstadt von Linz und Urfahr Altbauwohnungen teuer saniert.

Alteingesessene MieterInnen können sich diese nicht mehr leisten, sie werden damit vertrieben und durch neue, kaufkräftige Mittelschichten ersetzt.

Stadtwohnungen ade

Mit dem Verkauf der restlichen Stadtwohnungen im Jahre 2016 an die GWG hat sich die Stadt Linz endgültig aus ihrer direkten politischen Verantwortung für die

Wohnungspolitik verabschiedet. Die zu 95 Prozent städtische GWG bietet aber immer weniger leistbare Wohnungen an. Mit dem Einstieg in die Errichtung von Eigentumswohnungen und Reihenhäusern hat sie sich dem neoliberalen Zeitgeist verschrieben. Der Skandal um die Vermietung von 31 Wohnungen der ehemaligen Tabakfabrik über Internetplattformen wie Airbnb oder Booking.com zeigt, dass mittlerweile auch Linz vom Übel der Sharing-Ökonomie erfasst ist. Diese Wohnungen wurden dem dringenden Wohnbedarf entzogen und zum Vielfachen normaler Mieten angeboten. Zweckentfremdet als Touristenunterkunft wurden zudem auch Steuern und Abgaben hinterzogen.

Petition der KPÖ

Die KPÖ hat 2017 mit der Kampagne „Wohnen darf nicht arm machen“ auf diese Misere aufmerksam gemacht und im Mai 2018 rund 8.000 Unterschriften für eine Petition mit vier Forderungen (Einführung von Mietzinsobergrenzen, Abschaffung der Maklerprovision, Ablehnung von Privatisierungen, Ausweitung des kommunalen Wohnbaus) dem Nationalrat übergeben.

Splitter aus dem Gemeinderat

Gegen Vertreibung

Kein geeignetes Mittel zur Lösung sozialer Probleme sind Alkohol- und Aufenthaltsverbote stellte KPÖ-Gemeinderätin Grün zu den diesbezüglichen Gemeinderatsbeschlüssen betreffend den Hessenpark im Mai und das Südbahnhofareal im September 2018 fest.

Steuergeld verpulvert

Eine klare Absage von der KPÖ gab es auch heuer zu kräftigen Subventionsspritzen aus Steuergeldern: So für das „Krone“-Fest im August (80.750 Euro), die Parkmünzenaktion des City Rings und zur Weihnachtsbeleuchtung (324.000 Euro).

KUK kommt teuer

Die finanzielle Belastung durch die Krankenhausfinanzierung (Zuschuss AKH bzw. Träger-selbstbehalt KUK, Sprengelbeitrag) stieg von 2015 bis 2017 insgesamt von 47,9 auf 70,5 Mio. Euro, teilte Bgm. Luger zu einer KPÖ-Anfrage mit. 2016 wurde das städtische AKH in das Kepler Universitäts Klinikum (KUK) integriert, das nun mit der landeseigenen Gespag fusioniert werden soll.

Für saubere Luft

Mit KPÖ-Anfragen zur Grenzwertüberschreitung bei Feinstaub im März und zur erhöhten Luftbelastung im September ürgerte Gemeinderätin Gerlinde Grün Maßnahmen für eine bessere Luftqualität. Die Dringlichkeit des Ausbaus des öffentlichen Verkehrs als Alternative zum Autoverkehr als Hauptverursacher der Luftbelastung wurde dabei besonders betont.

Wieder ein Schlag gegen den Aktivpass

Seit Oktober ist die Aktivpass-Monatskarte der Linz Linien um 30 Prozent teurer. Für Menschen mit wenig Einkommen eine erhebliche Preissteigerung.

Dem nicht genug: Geht es nach der FPÖ sollen überhaupt viel weniger Menschen den Aktivpass bekommen. Derzeit kommen 43.000 Personen mit weniger als 1.229 Euro Monatseinkommen in den Genuss dieser Sozialleistung.

Sollte der Aktivpass an Wohnbeihilfe oder Mindestsicherung gekoppelt werden, würden auf einen Schlag zirka 30.000 Menschen, vor allem Frauen

den Aktivpass verlieren. Wie wird sich die SPÖ dabei verhalten? In der Vergangenheit ist sie schon oft „umgefallen“ und hat Begehrlichkeiten der FPÖ nachgegeben.

Die KPÖ verteidigt den Aktivpass in der jetzigen Form. Unsere Initiative „Aktivpass: Bleib wie du bist!“ kann weiter unterstützt werden! Aktuell haben schon mehr als 1.500 Personen diese Petition unterschrieben.



Die 2016 gestartete Aktion „Aktivpass: Bleib wie du bist!“ der Linzer KPÖ konnte bislang die Vorstöße der FPÖ zur Abschaffung dieser wichtigen Sozialleistung verhindern.

„Heißes Eisen“ Erinnerungskultur

Im Kulturhauptstadtjahr 2009 erregte das Kunstprojekt IN SITU Aufmerksamkeit. Auf das Pflaster aufgesprühte Statements erinnerten an LinzerInnen, die auf Grund ihrer Herkunft, Religion, sexueller Orientierung oder politischen Widerstands vom NS-Regime ermordet wurden.

Die gesprühten Erinnerungen sind längst verblasst. Seither ist es ruhig um die Erinnerungskultur geworden. Im Kulturentwicklungsplan sind zwar entsprechende Projekte festgeschrieben, aber bis dato ist wenig geschehen. Umso unverständlicher, dass ein Antrag

der Grünen für die Umsetzung des Projektes Stolpersteine oder vergleichbarem im Linzer Gemeinderat mit rot-blauer Mehrheit abgewürgt und nicht einmal zur Diskussion im Kulturausschuss zugelassen wurde. Zumal eine Anfrage der KPÖ zum Thema Stolpersteine von der

ÖVP-Kulturreferentin bei der gleichen Sitzung durchaus wohlwollend beantwortet wurde.

Dass die FPÖ kein Gedenken an die Opfer des Nazi-Regimes im öffentlichen Raum will, ist nicht verwunderlich. Dass die SPÖ da mitspielt umso mehr. Hier geht wohl Koalitionstreue vor antifaschistischem Gewissen. Eine überparteiliche Plattform „Stolpersteine für Linz“ sammelt derzeit Unterschriften für die Realisierung des Projektes Stolpersteine in Linz.

Aktuell, Nummer 5, Dezember 2018

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, Mail ooe@kpoe.at, Web ooe.kpoe.at; Konto Oberbank IBAN AT52 1500 0004 8021 9500, BIC OBKATZ2L, Druck: druck.at, Leobersdorf. Fotos: Archiv, Scheinost, Meister Eder.



Antwortkarte (oder E-Mail an: ooe@kpoe.at)

Ja, ich bin interessiert, schickt mir Infos:

Folder

- Aktivpass KPÖ im Gemeinderat Schwarz-Blau Wohnen

Broschüren

- 100 Jahre KPÖ Burschenschaften Franz Kain Freifahrt Henriette Haill

Probeexemplar

- Café KPÖ Volksstimme Die Arbeit Der Mieterschutz

Newsletter an meine E-Mailadresse:

Name und Anschrift:

Porto bei der Empfängerin einheben

ANTWORTSENDUNG

An die
KPÖ-Linz
Melicharstraße 8
4020 Linz